

8
—
79

Union in Deutschland

Bonn, den 22. Februar 1979

Verfehlte Energiepolitik

Das Problem einer ausreichenden Energieversorgung in der Zukunft ist zu einer Schicksalsfrage der Bundesrepublik Deutschland geworden, erklärte Helmut Kohl vor der Bundestagsfraktion zur energiepolitischen Lage.

Der Bundeskanzler hat zu Jahresbeginn vor dem Hintergrund der dramatischen Auseinandersetzungen im Iran „schlimmstenfalls vorübergehende Störungen für möglich“ gehalten, die aber „leicht behoben“ werden könnten.

Sicherlich war noch vor wenigen Wochen der rapide politische Umbruch im Iran nicht in seinem vollen Ausmaß zu übersehen. Aber die schwerwiegenden Konsequenzen für die ölabhängigen Industrieländer ließen sich bei einem anhaltenden Ölförderstreik im Iran unschwer ausmachen. Insfern waren die Beschwichtigungsversuche des Bundeskanzlers leichtfertig.

Nicht nur die Fachleute sehen mittel- und langfristig die ausreichende Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit Energie gefährdet. Wenn nichts geschieht, wird ab 1983 die Stromversorgung kritisch. Wir haben also Anlaß zur Sorge.

Die Bundesminister Ehrenberg und Hauff betonen plötzlich die Bedeutung des Ausbaus der Kernenergie zur langfristigen Sicherung der Energie-

(Weiter auf Seite 2)

■ § 7b

Klares Nein zu sozialistischer Gleichmacherei Seite 4

■ VERFASSUNGS-FEINDE

Verzicht auf Regelanfrage lässt Willkür und Zufall entscheiden Seite 5

■ AGRARBERICHT

Optimismus der Bundesregierung beruht auf irreführenden Zahlen Seite 7

■ SCHMIDT IM PRESSE-ECHO

Wie er wirklich ist Seite 11

■ LANDESPARTEI-TAG BERLIN

Die Ablösung des SPD/FDP-Senats wäre für Berlin der größte Gewinn Seite 13

■ PARTEIARBEIT

Wieder eine Fülle von Ideen, Taten und Aktionen aus den CDU-Verbänden Seite 14

■ DOKUMENTATION

Moskautreu und verfassungstreu? grüner Teil

■ EUROPA

Die Sozialisten in Europa — Freunde der SPD blauer Teil

Fortsetzung von Seite 1

versorgung. Statt aber dem unvermeidlichen Ausbau der Kernenergie im Interesse einer langfristig gesicherten Energieversorgung den Weg zu ebnen, haben SPD und FDP keine Anstrengungen gescheut, diesem Ausbau ständig neue Hürden in den Weg zu stellen.

Der SPD-Vorsitzende in Schleswig-Holstein droht mit Parteiaustritt, falls die SPD nicht den Ausbau der Kernkraftwerke stoppt. Der SPD-Senator Brückner in Bremen fordert einen generellen Stopp für Kernkraftwerke und für die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben. Die Abstimmung über Kalkar hat erwiesen, daß die Regierung nur noch mittels einer Abstimmungsguillotine eine knappe Mehrheit erhalten konnte. Der Bundeskanzler hat es zugegeben, daß er die Vertrauensfrage hätte stellen müssen, wenn sich einige wenige Renegaten den Rücktrittsdrohungen ihrer FDP-Oberen schließlich doch nicht gebeugt hätten. Gleichwohl beklagt der FDP-Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, Riemer, die Kernenergie-Gegner fühlten sich im Bundestag nicht mehr vertreten. Und die Jusos rufen auf zum „gewaltfreien“ Widerstand in Gorleben, der bereits beim letzten Mal blutig endete.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Bundesregierung in ihren eigenen Koalitionsparteien auf eine immer breitere Front in Sachen Kernenergie stößt. Die Parteitagsbeschlüsse von SPD und FDP zeigen nachhaltige Wirkung. Deshalb kann man sich auch nicht wundern, wenn in der Energiepolitik der Bundesregierung — trotz gegenteiliger Beteuerungen — für die Kernenergie faktisch

ein Moratorium besteht. Die letzte erste Teilerrichtung für ein Kernkraftwerk stammt von Mitte 1977; der letzte Auftrag für ein neues Werk sogar von 1975. Die Hoffnungen, diese Misere könne durch Auslandsaufträge abgetragen werden, sind heute ebenfalls zerschlagen.

So ist die deutsche Reaktorindustrie in eine lebensbedrohende Situation geraten. Darüber hinaus sind Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet. Der hohe technische Standard und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Kernkraftindustrie verfällt. Der Export leidet. Und die unbestrittene Notwendigkeit einer ausreichenden Energieversorgung unseres Landes in der Zukunft steht in den Sternen.

Dagegen wurden beispielsweise in Frankreich in den vergangenen Jahren 18 neue Kernkraftwerke in Auftrag gegeben. Auch in anderen Ländern und ganz besonders in der Sowjetunion wird die Kernenergie gezielt und verstärkt ausgebaut. Im Interesse einer ausreichenden Energieversorgung und einer gesicherten Zukunft ist eine gemeinsame Kraftanstrengung aller politischen Parteien unseres Landes notwendig, damit zunächst einmal die im Bau befindlichen acht Kernkraftwerke fertiggestellt und darüber hinaus die für eine ausreichende Energieversorgung unverzichtbaren weiteren Reaktorbauten rechtzeitig in Angriff genommen werden können.

Gefordert sind jetzt Klarheit über den einzuschlagenden energiepolitischen Kurs und eindeutige zukunftsweisende energiepolitische Entscheidungen. Doch der Kanzler schweigt.

■ INFORMATION

Umdenken notwendig

Ein „einschneidendes Umdenken“ in der Wirtschafts- und Wachstumspolitik hat Helmut Kohl in einer Rede über „Grundlagen freiheitlicher Politik heute“ vor dem Übersee-Club in Hamburg gefordert. Die Wirtschaft müsse „von ihren Fesseln befreit werden, damit sie den gravierenden Strukturwandel bestehen“ könne. Es sei jetzt erforderlich, den „gefährlichen Herausforderungen“ an die Zukunft zu begegnen und endlich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die „gewaltige Investitions- und Wachstumslücke“ allmählich wieder zu schließen, den „gigantischen Schuldenberg“ abzubauen, den Bevölkerungsrückgang aufzuhalten.

Keine Ruhe an der Steuerfront

Schon 1980 dürfte nach Angaben des Ifo-Instituts die durchschnittliche Grenzbelastung der Arbeitnehmer mit Steuern und Sozialabgaben die Rekordhöhe von 45 % erreichen: Von jeder zusätzlich verdienten Mark verbleiben beim Arbeitnehmer netto dann nur noch 55 Pfennige. Hierzu erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hansjörg Häfele, die heimlichen Steuererhöhungen, bedingt durch das Zusammenwirken von Inflation und Progression, würden wieder ein drückendes Problem. „Wir brauchen in den achtziger Jahren bald einen neuen Einkommen-(Lohn-)steuertarif, der die Grenzbelastung dadurch mildert, daß die Progressionskurve flacher und gleichmäßiger ansteigt. 1980 sollte in einem familienfreundlichen Schritt der neue Kinderbetreuungsbetrag ohne Nachweis für alle Kinder eingeführt

werden. Es zeigt sich immer mehr, daß der Widerstand der SPD und FDP gegen die Wiedereinführung des Kinderfreibetrags zu einer bürokratischen Mißgeburt geführt hat, welche die geschickten Steuerauslegungskünstler begünstigt und die Mutter benachteiligt, welche ihr Kind selber betreut.“

Wehnerns Äußerungen haben Europa geschadet

Christliche Demokraten wollen für Europa mehr Sicherheit und nicht Neutralisierung, erklärte Heiner Geißler in Bonn auf einer Pressekonferenz, auf der er die europapolitischen Anträge der CDU erläuterte. Die CDU will den gegenseitigen, ausgewogenen und kontrollierten Truppen- und Rüstungsabbau in Ost und West. Die kürzlichen Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herbert Wehner, haben diesem Ziel geschadet. Sie haben Europa dem Ziel, Frieden in Freiheit zu sichern, nicht nähergebracht.

Heiratsdarlehen

Mit einem Heiratsdarlehen von rund 5 000 Mark soll nach dem Willen der CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg „die Ehe wieder attraktiver werden“. Das Heiratsdarlehen soll das bisherige Familiendarlehen ergänzen, aber nicht ablösen. Auch das Heiratsdarlehen soll zinsfrei gewährt und bei der Geburt von Kindern nach und nach erlassen werden. Zur Begründung dieses Vorschlags verwies der Fraktionsvorsitzende Erwin Teufel auf den „besorgnisregenden Rückgang“ der Eheschließungen: Während 1971 im Land noch 72 000 Paare heirateten, waren es 1977 nur noch 51 000. Neben der Schaffung dieses Darlehens sieht der CDU-Katalog vor allem eine Besserstellung der Mütter vor.

■ § 7 b EStG

Klares Nein zu sozialistischer Gleichmacherei

Die Arbeitsgruppe „Raumordnung, Bauwesen und Städtebau“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich jetzt mit den Berichten der Bundesregierung zum § 7 b EStG und zur Grunderwerbsteuer befaßt und folgendes erklärt:

① Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion widersetzt sich allen Versuchen, bei der anstehenden Überprüfung der einkommen- und grunderwerbsteuerlichen Begünstigung des Eigenheim- und Eigentumswohnungsbau den sozialistischen Gleichheitshobel anzusetzen. Offensichtlich ist die Bundesregierung in dieser Frage zerstritten, da sie es unterlassen hat, in den Berichten konkrete Vorschläge für eine familien- und kinderfreundlichere Ausgestaltung zu machen, obwohl Bundesminister Haack und Bundesministerin Huber bereits seit längerem entsprechende Verbesserungen in Aussicht gestellt haben.

② Die Abschreibungsbegünstigung des § 7 b EStG und ihre Ausdehnung auf den Althausbestand hat sich bestens bewährt. Sie muß als solche in ihrem Wesensgehalt und damit in ihrer leistungsbezogenen Progressionswirkung erhalten bleiben. Um den § 7 b insgesamt entsprechend dem einmütigen Wunsch des Deutschen Bundestages familien- und kinderfreundlicher zu

gestalten, bedarf es nicht seiner Systemumstellung. Vielmehr sind im einzelnen die folgenden Verbesserungen anzustreben:

- Anpassung der seit 1965 unverändert gebliebenen abschreibungsfähigen Höchstbeträge von 150 000 bzw. 200 000 DM für Ein- und Zweifamilienhäuser an die seither gestiegenen Bau- und Erwerbskosten.
- Konzentrationsmöglichkeit der Begünstigung für Ehegatten auf ein Objekt durch Verdoppelung entweder des Abschreibungszeitraumes von 8 auf 16 Jahre oder des Abschreibungssatzes von 5 auf 10 Prozent.
- Gewährung besonderer Kinderzuschläge entweder bei den abschreibungsfähigen Höchstbeträgen oder beim Abschreibungssatz.
- Streichung der Jahrgangsgrenze für Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen.
- ③ Die preistreibende und eigentumsfeindliche Grunderwerbsteuer ist überflüssig und ersatzlos zu streichen. Der von der Steuerreformkommission vorgeschlagenen Straffung der Befreiungstatbestände in Verbindung mit der Senkung des derzeitigen Steuersatzes von 7 auf 3 v. H. wird entschieden widersprochen, weil im Ergebnis damit nur der bauwillige „kleine Mann“ getroffen würde.

Bei der im Zuge der Harmonisierung der Umsatzsteuer in der EG dann notwendigen Einbeziehung der Grundstücksgeschäfte in die Umsatzsteuer muß sichergestellt werden, daß der Erwerb von selbstgenutzten Eigentümerwohnungen nicht umsatzsteuerpflichtig wird.

■ VERFASSUNGSFEINDE

Verzicht auf Regelanfrage läßt Willkür und Zufall entscheiden

Der von uns beanstandete Beschuß der Bundesregierung vom 17. Januar 1979 macht die Prüfung zum Lotteriespiel, erklärte Alfred Dregger in der Bundestagsdebatte über die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst.

Die Grenzen für den Marsch der Extremisten durch die Institutionen werden nicht genannt. Statt den Verfassungsfeinden Grenzen zu setzen, macht der Beschuß es nahezu unmöglich, der Prüfungspflicht nachzukommen.

Verzicht auf Regelanfrage ohne Ersatz läßt den Zufall entscheiden. An die Stelle von Gleichbehandlung tritt Willkür. Die zufällige Kenntnis oder Nichtkenntnis entscheidet über die Einstellung. Zufallsentscheidungen widersprechen dem Gleichheitsgrundsatz und sind daher rechtswidrig.

Das ist die rechtliche Bewertung, nun zur politischen.

Die Bundesregierung will der „Verunsicherung“ der Jugend entgegenwirken. Die gibt es. Aber nicht auf Grund der Einstellungspraxis, sondern auf Grund der Berufsverbotskampagne der Kommunisten und auf Grund der Unklarheit, der Unentschiedenheit und der Feigheit, mit der ihr begegnet bzw. nicht begegnet wird.

Die angebliche „Verunsicherung“ ist nicht das einzige Argument, mit dem

SPD und FDP sich selbst täuschen. Das andere ist die geringe Zahl. Wenn erst Kommunisten mit dem Parteibadge an unseren Schulen unterrichten, die Anträge unserer Bürger auf den Behörden entscheiden, mit dem Parteibadge unter dem Talar Straf- und Zivilurteile fällen, dann verändert das die Qualität der Republik.

Das wird auch quantitative Folgen haben. Schon heute haben die Kommunisten eine nicht geringe Bedeutung an den Universitäten, in den Gewerkschaften, in den Massenmedien und in einzelnen Stadtparlamenten, zum Beispiel Marburg. Wenn sie erst staatliche Macht ausüben als Beamte, Richter und Offiziere, werden sie auch bei Parlamentswahlen Erfolg haben.

Da die Bundesregierung nicht die Kraft hat, den Einstellungsbehörden klare Maßstäbe für ihre Entscheidungen an die Hand zu geben, werden wir es tun. Dabei stützen wir uns auf das geltende Recht und die bisher in Bund und Ländern geübte Praxis.

1. Beamte sind Diener des demokratischen Staates. Der lebenslangen Fürsorgepflicht des Staates entspricht die Treuepflicht des Beamten. Beamte sind verpflichtet, jederzeit, d. h. innerhalb und außerhalb des Dienstes, aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten.

2. Unterschiede nach Funktion und Laufbahn dürfen, wie das Bundesver-

fassungsgericht feststellt, nicht gemacht werden. Die Treuepflicht des Beamten gilt deshalb auch für den beamten Lokomotivführer. Wem das nicht paßt, muß auf seinen Beamtenstatus verzichten.

3. Für Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes ergibt sich die Anforderung an die Verfassungstreue aus der ihnen übertragenen Aufgabe. Das gilt insbesondere für jede Lehr- und Erziehungstätigkeit.

4. In den Grenzen dieser Treuepflicht, die dem Staat und seiner Verfassung, nicht aber einer Partei gilt, sind die Angehörigen unseres öffentlichen Dienstes frei. Anders als in faschistischen und sozialistischen Ländern, deren Berufsverbote nicht nur für den öffentlichen Dienst gelten, sind die öffentlichen Bediensteten der Bundesrepublik Deutschland nicht verpflichtet, die Politik der Regierungsparteien zu unterstützen.

5. Gesinnungen sind frei und müssen frei bleiben. Erst wenn Gesinnungen in Handlungen ihren Ausdruck finden, sind sie einer Beurteilung zugänglich. Der Vorwurf der Gesinnungsschnüffelei trifft uns nicht. Gesinnungserforschung lehnen wir ausdrücklich ab. Beurteilungsmaßstab auch für die Verfassungstreue können nur gerichtsverwertbare Tatsachen sein. Die Mitgliedschaft in einer Partei oder sonstigen Organisation, die verfassungfeindliche Ziele verfolgt, ist eine solche der Bewertung zugängliche Tatsache. Sie macht eine Einzelfallprüfung im übrigen nicht überflüssig. Aber wer zum Beispiel Mitglied der DKP ist, muß die Frage beantworten, wie er seine Beamtenpflicht zur Verteidigung unserer Verfassung vereinbaren will mit seiner Parteipflicht zur Zerstörung unserer Verfassung.

6. Wer die freiheitlich-demokratische

Grundordnung bekämpft, ist nicht für immer vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen. Wer sich von seinen extremistischen Vorstellungen getrennt hat und nunmehr treu zur Verfassung steht, ist für den öffentlichen Dienst geeignet. Das gilt für Menschen aller Altersstufen und aller politischen Richtungen. Das gilt insbesondere für diejenigen, die in ihrer Jugend extremistischen Vorstellungen gehuldigt haben.

7. Die in der Berufsverbotskampagne der Kommunisten behauptete Schnüffelpraxis für den öffentlichen Dienst hat es in der Bundesrepublik Deutschland nie gegeben. Die Einstellungsbehörden sind nur dann in eine nähere Prüfung der Verfassungstreue des Bewerbers eingetreten, wenn Tatsachen Anlaß dazu boten. Da die Einstellungsbehörden solche Tatsachen nicht sammeln und sie ihnen nur durch Zufall bekannt werden können, ist es sachgemäß und — um Zufallsergebnisse und damit Willkür auszuschließen — auch rechtsstaatlich geboten, die Amtshilfe der Verfassungsschutzbehörden in Anspruch zu nehmen.

8. Das Verfahren bei der Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst muß wie jedes Verwaltungsverfahren immer wieder auf Mängel überprüft werden. Es muß so liberal, so unbürokratisch und so zweckmäßig wie möglich durchgeführt werden. Dazu gehört, daß die Einstellungsbehörden nur in den Fällen Anfragen an den Verfassungsschutz richten, in denen sie den Bewerber nicht schon aus anderen Gründen ablehnen wollen.

Dieses Verfahren, das der bisher auch in den SPD-regierten Ländern geübten Praxis entspricht, ist vernünftig, rechtsstaatlich und demokratisch. Es verkürzt die Rechte eines Bewerbers in gar keiner Weise.

■ AGRARBERICHT 1979

Optimismus der Bundesregierung beruht auf irreführenden Zahlen

Der Agrarbericht 1979 der Bundesregierung ist ein Spiegelbild der Probleme und Schwierigkeiten, die sich der deutschen Landwirtschaft stellen. Bei näherer Analyse erweist sich dieser als ein Dokument einer Politik, der es nicht gelungen ist, den Anliegen der deutschen Landwirtschaft gerecht zu werden, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, MdB Burkhard Ritz.

Die schlechte gesamtwirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre mit einer Arbeitslosigkeit von nahezu einer Million hatte auch Konsequenzen für die deutsche Landwirtschaft. Dieses weisen die konkreten Zahlen des Agrarberichtes aus. Berufliche Alternativen für Landwirte gibt es angesichts dieser Tatsache kaum mehr. Die Bundesregierung scheint sich mit der hohen Arbeitslosigkeit abgefunden zu haben, die deutsche Landwirtschaft jedoch kann es nicht.

Die hohe Arbeitslosigkeit ist verantwortlich für den stark gebremsten Strukturwandel der Landwirtschaft. Im Wirtschaftsjahr 1977/78 ist die Zahl der landwirtschaftlichen Vollarbeitskräfte um 1,9 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich um 1,8 Prozent vermindert. Die Flächenausstattung je Arbeitskraft in Vollerwerbsbetrieben ist nur noch um

3,4 Prozent (1968/69 bis 1975/76 jährlich um 6,1 Prozent) gestiegen.

Dieses hat zur Folge, daß die Pacht- und Bodenpreise schnell gestiegen sind. Die agrarische Produktion, besonders die Veredelungsproduktion, mußte zwangsläufig weiter ausgedehnt werden. Die Ausweitung der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte steht somit im unmittelbaren Zusammenhang mit der Höhe der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Bundeskanzler Schmidt täte gut daran, nicht nur in öffentlichen Erklärungen die Überproduktion zu geißeln, sondern auch auf die Zusammenhänge mit der von ihm mitzuverantwortenden hohen Arbeitslosigkeit hinzuweisen. Mit Schwarzweißmalerei — wie wir sie von einigen Mitgliedern der Bundesregierung erleben — sind die Probleme der deutschen Landwirtschaft nicht zu lösen.

Dem Erzeugerzuwachs bei einigen Produkten (Zucker, Milch, Rindfleisch, Schweinefleisch) steht ein geringer bzw. stagnierender Verbrauch gegenüber. Der relativ geringe Zuwachs des realen Masseneinkommens sowie auch die weiter bedrohlich schrumpfende Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland sind hierfür wichtige Ursachen. Diese Gesamtzusammenhänge sind für die Lage der Landwirtschaft äußerst gefährlich.

Der Agrarbericht 1979 stellt heraus, daß das Reineinkommen (Gewinn) je Familienarbeitskraft 1977/78 um 10,3 Prozent gestiegen ist. Diese Zahl allein gesehen ist irreführend. Der Einkommensrückgang des Jahres 1976/77 mit einem realen Verlust an Einkommen von etwa 13 Prozent wird durch die Steigerung nicht ausgeglichen.

Dieser Bericht ist kein Grund zum Jubeln

Der Gewinn je Familienarbeitskraft liegt 1977/78 mit 24 084 DM immer noch um 5,5 Prozent unter dem Stand von 1975/76. Die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft ist also bei weitem nicht so rosig, wie sie sich mit der abstrakten Zahl 10,3 Prozent darstellt.

Das absolute Einkommen gibt der Agrarbericht mit 24 000 DM je Arbeitskraft an. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Nettoinvestitionen und Kosten der Sozialversicherung hieron entrichtet werden und dieses Einkommen weithin auf hohen Arbeitsleistungen und Verzicht auf Freizeit und Urlaub beruht, ist dies wahrlich kein Grund zum Jubeln.

Der Agrarbericht schätzt für 1978/79 einen Anstieg des Reineinkommens je Familienarbeitskraft von drei Prozent. Diese Schätzung dürfte außerordentlich optimistisch sein. Es bleibt zu hoffen, daß wenigstens diese Steigerung — die für andere Berufsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich ist — erreicht werden kann. Angesichts der schwierigen Agrarpreisverhandlungen in Brüssel und der Bewältigung der Probleme des für die deutsche Landwirtschaft bedeutsamen Grenzausgleichs wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Handeln der

Bundesregierung und insbesondere von Bundesminister Ertl an dieser optimistischen Prognose messen.

Der Agrarbericht macht deutlich, daß die große Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe das außerlandwirtschaftliche Vergleichseinkommen bei weitem nicht erreicht hat. Trotz geringfügiger Verbesserungen im Jahre 1977/78 betragen die Einkommensabstände bei den kleinen und mittleren Betrieben 25 bis 45 Prozent gegenüber den außerlandwirtschaftlichen Vergleichseinkommen. Nur 22 Prozent aller Vollerwerbsbetriebe bzw. 10 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe überschritten das Vergleichseinkommen. Der Bericht weist auch erstmalig auf, daß die Einkommenszuwächse im längerfristigen Vergleich für die Landwirtschaft wesentlich ungünstiger verlaufen sind als die des gewerblichen Vergleichslohnes.

Leistung wird nicht genügend honoriert

Der Agrarbericht ist ein Beweis dafür, daß die deutsche Landwirtschaft mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die Leistung und der Arbeits-einsatz der deutschen Bäuerinnen und Bauern wird nicht so honoriert, wie dieses in anderen Berufszweigen der Fall ist. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwartet von der Bundesregierung, daß sie endlich die Zusammenhänge der allgemeinen Wirtschaftspolitik mit der landwirtschaftlichen Entwicklung berücksichtigt und daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zieht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird in der Aussprache zum Agrarbericht im Bundestag ihre Vorstellungen über eine konstruktive und europäische Agrarpolitik ausführlich darlegen.

■ KOALITION

SPD-Linke gibt Biedenkopf recht

Die Linken in der SPD blasen bundesweit zur Offensive gegen Ämterhäufung und Verfilzung in der eigenen Partei. Auf einer Klausurtagung in Düsseldorf haben sie ein Papier erarbeitet, das jetzt auf möglichst vielen Bezirks- und Unterbezirksparteitagen durchgepaukt werden soll, um für den Ende 1979 geplanten Bundesparteitag in Berlin eine breite Mehrheit zu gewinnen. Sie fußen auf einem Konzept, das eine vom SPD-Parteivorstand in Bonn eingesetzte Arbeitsgruppe vorgelegt hat. Den Linken war dieses Papier jedoch, wie die Juso-Zeitschrift „Sozialistische Praxis“ kritisch vermerkt, zu vorsichtig an das Problem herangegangen. Wesentliche Kernpunkte in der jetzt verschärften Fassung sind unter anderem:

Doppelmandate, wie z. B. die gleichzeitige Mitgliedschaft in Kommunalparlamenten und Landtagen, sollen künftig grundsätzlich ausgeschlossen sein, niemand soll in mehr als zwei Vorständen auf den verschiedenen Ebenen der Partei tätig sein können,

SPD-Parlamentarier dürfen nur in einem Vorstand vertreten sein,

Spenden werden nur über die offiziellen Konten der Partei entgegengenommen, auf Privatkonten gesammelte Spenden müssen an die Partei abgeführt werden, Spender sollen eine Erklärung abgeben, daß durch die Annahme keinerlei Verpflichtung eingegangen wird.

Niemand, da war sich die Düsseldorfer Runde einig, dürfe wegen seines Amtes irgendwelche persönliche Vorteile haben.

So sollen SPD-Mitglieder zum Beispiel auf „billigen Strom“ zum Mitarbeiterpreis verzichten, wie ihn manche Versorgungsunternehmen ihren Aufsichtsratsmitgliedern anbieten. Sitzt ein Genosse in Gremien zum Beispiel der Ruhrkohle, gibt's für ihn auch keinen „billigen Hausbrand“.

Die FAZ am 19. Februar hierzu: „Biedenkopf freilich mag sich freuen. Die SPD rechtfertigt jetzt seine damals so ungeheuerlichen Mutmaßungen.“

Neue Aktionen gegen FDP-Führung

Aufsehen und Unsicherheit unter der FDP-Mitgliedschaft hat ein sechsseitiges Memorandum ausgelöst, das die Mitglieder des FDP-Bundesvorstandes William Borm und Theo Schiller an 1 000 Mitglieder verschickt haben, und in dem die FDP-Basis zum politischen Handeln und zur Wachsamkeit gegenüber der Parteführung aufgerufen wird. Ohne ihn direkt zu nennen, wird dem FDP-Vorsitzenden Genscher „Basisferne“ vorgeworfen und die Befürchtung geäußert, die vier freidemokratischen Kabinettsmitglieder in Bonn neigten dazu, die Meinungs- und Willensbildung in der Partei nicht mit der gebührenden Notwendigkeit zu respektieren.

Georg Leber packt aus — die SPD vertuscht

Die Überlegenheit der Sowjetunion bei den Mittelstreckenraketen habe ein Ausmaß angenommen, das beinahe die menschliche Vorstellungskraft überfordere, erklärte Georg Leber in einem Artikel, den der frühere Verteidigungsminister für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ geschrieben hat. Mit SS-20 könnten die Sowjets Westeuropa und die Bundesrepublik mit einer Zerstö-

rungskraft vernichten, die 360 000 mal die Vernichtungsenergie der Hiroshima-Bombe übertreffe. Der Westen habe dieser Anhäufung nuklearer Vernichtungsmittel Entsprechendes zur Zeit nicht entgegenzusetzen. Es müsse deshalb sofort gehandelt werden. Mit deutlicher Anspielung auf die Pflicht des Bundeskanzlers, sich mit seiner ganzen Autorität als Regierungschef in die Diskussion einzuschalten, fordert Leber: „Wegen der Bedeutung und den möglichen Folgen müssen die ersten Männer des Staates sich der Sache stellen.“

Im krassen Gegensatz zu Leber erklärte der SPD-Abrüstungsexperte Pawelczyk („er sagt, was Wehner denkt“) auf die Frage: „Wie sicher sind wir in Westeuropa?“ laut „Bild-Zeitung“: Für unsere Sicherheit drohen zur Zeit keine Gefahren, das Kräftegleichgewicht zwischen West und Ost ist stabil. Im atomaren Bereich sind die USA der Sowjetunion überlegen. Bei den konventionellen Waffen gibt es ein Übergewicht der Sowjets, aber wir haben auch nicht geschlafen. Das eigentliche Problem für uns sind die atomaren Mittelstreckenwaffen der Sowjetunion. Hier sehe ich Gefahren für die achtziger Jahre, wenn die Sowjetunion weiter so aufrüstet und im Westen nichts dagegen geschieht.

„Bild“: Was haben wir dem entgegenzusetzen?

Pawelczyk: Vorerst nichts. Entsprechende Waffensysteme sind vor 1982 nicht produktionsreif.

Gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat

Mit scharfen Worten hat der Vorsitzende des Bundestags-Rechtsausschusses Otto Lenz (CDU) die Kritik des nordrhein-westfälischen Arbeitsministers

Prof. Friedhelm Farthmann (SPD) am Bundesverfassungsgericht mißbilligt. Vor der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Vereinigung in Düsseldorf sagte Lenz, die Pressionen Farthmanns auf das höchste deutsche Gericht „wären im angelsächsischen Rechtsraum strafbar“. Der Rechtsausschuß-Vorsitzende wies darauf hin, daß Farthmann schon einmal vom Bundesverfassungsgericht wegen des Versuchs politischer Einflußnahme auf die freie Gerichtsbarkeit gerügt worden sei. Die neuerlichen Äußerungen des Ministers — wenn Karlsruhe der Klage gegen die Mitbestimmung stattgebe, komme es zur politischen „Eruption“ — bezeichnete Lenz als einen der schwersten Angriffe auf die unabhängige Rechtsprechung. Der Minister, so Lenz, solle sich daran erinnern, daß er einen Eid auf das Grundgesetz geschworen habe. Dieses Grundgesetz sei die Grundlage unseres Staates, in dem die Rechtsprechung und besonders das Bundesverfassungsgericht frei sein müßten von politischem Druck.

Keine pauschale Hilfe der Judos für die FDP

Die baden-württembergischen Jungdemokraten werden in den anstehenden Europa- und Kommunalwahlkämpfen „nicht pauschal“ ihre Mutterorganisation, die FDP, unterstützen. In Stuttgart sagte der Judo-Landesvorsitzende Michael Masson, seine Organisation werde für diese Wahlen eigene programatische Aussagen erarbeiten und die jeweiligen FDP-Kandidaten daran messen. Der stellvertretende Judo-Bundesvorsitzende, Walter Eschweiler, erklärte in Aachen, daß seine Organisation nur dort Engagement im Europa-Wahlkampf entwickeln will, wo Jungdemokraten an aussichtsreicher Stelle plaziert seien.

■ SCHMIDT IM PRESSE-ECHO

Wie er wirklich ist

Seit Jahresbeginn nehmen die Kommentare in Presse, Fernsehen und Hörfunk, die sich kritisch mit Bundeskanzler Schmidt befassen, ständig zu. Nachfolgende Auswahl (chronologisch) spricht für sich selbst:

Südwestfunk, 12. 1. 1979:

„... Die Enttäuschung der 400 In- und Auslandskorrespondenten war heute mit Händen zu greifen, als auch nach mehr als einer Stunde des Frage-und-Antwort-Spiels nicht mehr aus dem Regierungschef herauszuholen war als etwa die fundamentale Feststellung, daß die Anpassung der deutschen Wirtschaft an die sich verändernde Struktur der Weltwirtschaft eines der großen Probleme des nächsten Jahrzehnts sei...“

Kölnische Rundschau, 13. 1. 1979:

„Schmidt begnügte sich am Freitag anstelle substantieller Aussagen damit, eine halbe Stunde oberflächlich über die Politik im In- und Ausland zu dozieren, obwohl gerade Guadeloupe brennende Themen behandelt hatte.“

Sender Freies Berlin, 12. 1. 1979:

„Bundeskanzler Schmidt zog heute mit der Lässigkeit des sonnenverwöhnten Karibik-Urlaubers vor die Presse. Er ließ die Fragen geduldig auf sich zukommen, war in anderthalb Stunden Frage-und-Antwort-Spiel nie aus der Fassung zu bringen und leistete sich dennoch den Luxus, Fragen, die seine

politischen Kreise hätten stören können, unbeantwortet zu lassen. Da mußte, wer auf präzise Informationen aus war, doch mit oft spärlichen Andeutungen vorliebnehmen.“

Deutsche Zeitung, 2. 2. 1979:

„Vielleicht lag es an seiner Lässigkeit, wenn er sich ab und zu in Widersprüche verwickelte. Am Mittag der Aussprache über den Kanzleramtsetat rechtfertigte Schmidt die Abschaffung der Regelanfrage getreu der Diktion seiner Parteilinken mit der unzumutbaren Schnüffelei des Verfassungsschutzes. (Nirgendwo ist geboten, daß Hunderttausende von Menschen durchgeprüft werden müssen.)“

Am Abend, in Abwesenheit der Fernsehkameras, verblüffte er zum gleichen Thema mit einer beinahe Dregger nachempfundenen Aussage. Schmidt: „In Wirklichkeit wird doch bei der Regelanfrage gar niemand überprüft. Es wird nur in der Kartei nachgesehen, ob er zufällig drinstehet.“

Frankfurter Neue Presse, 7. 2. 1979:

„Die Bilder gleichen sich. Wie damals Wehner die Kanzlerfunktionen Brandts in Zweifel gezogen und schließlich zur Lähmung gebracht hat, so zielt er nun auf die Lähmung Schmidts und Genschers hin... Daß der Bundeskanzler Wehners Vorstoß ungerügt und unerwidert passieren läßt, daß zu der Kritik an Genscher das gesamte Regierungslager sich auf die Formel von ‚Kein Kommentar‘ zurückzieht, daß der Kanzler

buchstäblich sprachlos wirkt, offenbart seine heikle Situation in der eigenen Partei.“

Stuttgarter Nachrichten, 9. 2. 1979:

„Die Gabe des ‚Holzens‘ im politischen Geschäft hat Bundeskanzler Schmidt für gewisse Situationen durchaus mit Talent von seinem Vorgänger Brandt übernommen. Am stärksten spielt er dieses ‚Talent‘ bei Wahlkämpfen aus.“

Sender Freies Berlin, 9. 2. 1979:

„... Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob diese Bemerkung (über von Weizsäcker) dem Kanzler gezielt oder als Ausrutscher von den Lippen kam. Auf jeden Fall war sie weder klug noch fair... Man kommt nicht daran vorbei, an die politische Situation Berlins zu denken, um zu sehen, daß die Schmidt-Äußerung schon deshalb problematisch und nicht nur eine Frage des Geschmacks ist. Denn wer sich auf Irritationen westlicher Länder beruft, der erweckt natürlich den Eindruck, als ob hier die westlichen Schutzmächte in den Berliner Wahlkampf hineingezogen würden.“

Bayerischer Rundfunk, 12. 2. 1979:

„Im Gezänk um die Wahl des nächsten Bundespräsidenten sind unsere maßgebenden Parteien auf dem besten Weg, nicht nur Kandidaten madig zu machen, sondern auch gleich das Amt des ersten Mannes im Land... Bundeskanzler Schmidt blieb es vorbehalten, die Auseinandersetzung (um die Bundespräsidentenwahl) endgültig auf ein Jahrmarktsniveau zu treiben, wo mal eben jeder mit faulen Eiern auf Kandidaten werfen darf, und er selbst warf am Wochenende fürs erste das faulste... Das kann nicht mehr mit der Hitze des Gefechts entschuldigt werden... Das war keine Attacke mehr, die auf die

persönlichen Chancen von Carstens zielte, damit bewies der Regierungschef ein mißratenes Verhältnis zur Institution des Präsidenten überhaupt und zur Respektierung von sich abzeichnenden Mehrheiten dazu...“

Rheinische Post, 13. 2. 1979:

„Doch Schmidt geht weiter. Er greift den Unionskandidaten Carstens persönlich an, nennt ihn einen Politiker ‚vom äußersten rechten Rand, ohne Integrationskraft‘. Das sagt Schmidt, obwohl er natürlich weiß, daß Carstens, der von dem Bremer Sozialdemokraten Kaisen in die Politik gerufen worden ist, kein ‚Rechter‘ in dem hier unterstellten Sinn ist, daß die SPD nicht eine einzige Klage gegen die Amtsführung des Bundespräsidenten Carstens vorzubringen hat und daß zum Beispiel Gustav Heinemann als Bundespräsident keineswegs integrierend, sondern eher polarisierend gewirkt hat.“

Allgemeine Zeitung, Mainz, 13. 2. 1979:

„Die Ausfälle des Bundeskanzlers gegen den Bundespräsidenten zeugen von schlechtem Stil. Schmidt, der sonst gern als politischer Moralapostel posiert, läßt sich im Wahlkampf zu Bemerkungen über Carstens hinreißen, die vom CDU-Vorstand gestern realistisch als Teil einer von der SPD-Spitze entfachten Rufmordkampagne gebrandmarkt wurden.“

Münchener Merkur, 14. 2. 1979:

„Nun aber hat Schmidt höchstpersönlich dafür gesorgt, daß die Öffentlichkeit den Kanzler so sieht, wie er wirklich ist. Mit einem mehrfachen demagogischen Rundschlag hat er seinem Image erheblich und nachhaltig geschart.“

■ LANDESPARTEITAG LV BERLIN

Ablösung des SPD/FDP-Senats wäre für Berlin der größte Gewinn

Auf ihrem 62. Landesparteitag hat die Berliner CDU am 19. Februar ihre Kandidaten für die Wahlen zum Europäischen Parlament benannt und zugleich den Anspruch Berlins bekräftigt, eine besondere Aufgabe innerhalb des freien Europa zu erfüllen. In einer kämpferischen Rede drückte Spitzenkandidat Richard von Weizsäcker die feste Zuversicht aus, daß die Berliner CDU nach den Wahlen vom 18. März die Regierungsverantwortung in Berlin nach 30 Jahren SPD-Wirtschaft übernimmt.

Berlin wird im Europäischen Parlament durch drei Abgeordnete vertreten sein, die jedoch nicht von der Bevölkerung, sondern vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt werden. Dabei stellt die stärkste Partei zwei Abgeordnete. Dafür hat die CDU den bisherigen Europa-Abgeordneten Rudolf Luster und MdB Gero Pfennig nominiert.

Richard von Weizsäcker bezeichnete Berlin als „Ausdruck und Anblick des geteilten Europa“. Von Berlin aus gelte es, die jetzige Phase der Ost-West-Beziehungen zu nutzen und die deutschen Interessen voranzubringen. „Wir wollen den Spielraum der Freizügigkeit erweitern und dadurch den Menschen die Teilung so erträglich wie möglich machen.“

Mit Nachdruck wandte Weizsäcker sich gegen die Unterstellung der SPD, die

Alliierten würden bei einem Wahlsieg der CDU irritiert sein. Aus solchen Wörtern spreche weder Augenmaß für Berlin noch Respekt vor dem Demokratieverständnis der Verbündeten. „Ein solcher Provinzialismus ist einfach lächerlich“. Was die Westmächte wirklich irritiere, so betonte Weizsäcker, das sei die von Herbert Wehner betriebene, einseitige psychologische Abrüstung des Westens. Es sei bezeichnend, daß Stobbe sich zu Wehnern These von der lediglich defensiven Rüstung der Sowjets in tiefes Schweigen hülle.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler wies in einem europapolitischen Beitrag darauf hin, daß Berlin nicht nur eine Aufgabe für Europa sei, sondern auch eine Aufgabe für Europa habe, bei der es unersetzlich sei. „Berlin muß zeigen, daß Europa nicht an der Elbe endet.“

Der CDU-Landesvorsitzende Peter Lorenz, dessen Bedeutung für die Berliner CDU Richard von Weizsäcker unter dem Beifall der Delegierten ausdrücklich betonte, rief die Berliner CDU zu einer letzten großen Kraftanstrengung bis zu den Wahlen auf. Es sei bezeichnend, daß der Regierende Bürgermeister bereits weitgehend auf Tauchstation gegangen sei. Der von ihm proklamierte „neue Anfang“ der SPD in Berlin sei gescheitert. In Wahrheit aber könne Berlin nur durch eine Ablösung des SPD/FDP-Senats durch die CDU mit Richard von Weizsäcker gewinnen.

■ PARTEIARBEIT

Ideen – Taten – Aktionen

In dieser Rubrik veröffentlichen wir regelmäßig gute öffentlichkeitswirksame Aktionen aus einzelnen CDU-Verbänden, die Ihnen Anregungen für Ihre praktische Parteiarbeit geben sollen.

Informationen für Mitbürger

Unter dem Titel „Aktuelles aus der Gemeinde Bedburg-Hau“ bringt der dortige CDU-Gemeindeverband jährlich ein Faltblatt heraus. Das übersichtlich gestaltete und illustrierte Informationsblatt ist in die Rubriken „Vorwort“, „Wissenswertes“, „Erwähnenswertes“ und „Aktuelles“ gegliedert. So ist die Entstehung von örtlichen Bauwerken aufgezeigt, weiter wird über eine Bürgerbegegnungsstätte mit einer entsprechenden Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden berichtet, und auch kommunalpolitische Probleme, wie Straßenreinigung, sind darin angesprochen. Unter der Spalte „Haben Sie Probleme“ sind die CDU-Ansprechpartner in den einzelnen Ortsteilen aufgezeigt.

Sprechstunde für die Jugend

In Herne hielt der dortige CDU-Landtagsabgeordnete eine Sprechstunde für Kinder und Jugendliche ab. Diese Sprechstunde war ein Teil der CDU-Aktion „Kinderfreundliche Gemeinde“, mit der die Partei auf das Jahr des Kindes besonders eingehen will.

Der Herner Nachwuchs konnte dabei Sorgen und Wünsche im Hinblick auf

Kindergarten, Spielplatz, Freizeiteinrichtungen und Kulturveranstaltungen mitteilen. Die Kinder erhielten anstelle von Parteibroschüren Kugelschreiber und Luftballons. Die Eltern waren natürlich gern gesehene Gäste.

Aktion Stellenhilfe

Rund 2 500 Ausbildungseinrichtungen im Kieler Raum wurden in einem Schreiben des CDU-Kreisverbandes Kiel und der Jungen Union aufgefordert, zu prüfen, ob sie weitere Ausbildungsplätze bzw. Arbeitsstellen für Jugendliche einrichten können. Mit dieser Aktion „Stellenhilfe“ sollte in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt jungen Leuten geholfen werden, baldmöglichst einen Einzug ins Berufsleben zu finden. Schon vor einem Jahr hatte eine solche Initiative beachtlichen Erfolg gehabt.

Drogendokumentation

Die Junge Union Backnang führte im vergangenen Jahr eine Aufklärungskampagne über Drogenmißbrauch durch. Eingeleitet wurde diese Aktion durch eine von der Jungen Union in der örtlichen Tageszeitung veröffentlichten Serie über die verschiedenen Drogen. Die Ergebnisse der Aktion wurden in einer Dokumentation zusammengefaßt. Interessenten können die Dokumentation zum Preis von 3,— DM (einschließlich Porto) bestellen bei: **Junge Union Backnang, Bahnhofstraße 7, 7150 Backnang.**

Steuertips für Vereine

Unter dieser Überschrift veröffentlichten wir kürzlich eine Aktion des CDU-Stadtverbandes Rheinfelden. Die Broschüre „Steuertips für Vereine“ ist beim dortigen Stadtverband mittlerweile vergriffen. Falls Sie Interesse daran haben, wenden Sie sich doch direkt an die

Pressestelle Öffentlichkeitsarbeit

Finanzministerium

Neues Schloß

Herrn Volz

7000 Stuttgart 1

Informationsdienst für die CDU-Mitglieder

Der CDU-Kreisverband Lingen und der CDU-Kreisverband Böblingen bringen seit kurzem regelmäßig erscheinende Zeitungen heraus. Diese werden allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Der interessant gestaltete Inhalt umfaßt sowohl die Kommunal-, Kreis-, Landes- und Bezirkspolitik, aber auch das Aufgabenfeld der Landtagsabgeordneten.

CDU-Kreisverband Lingen

Postfach 1348

4450 Lingen (Ems)

und

CDU-Kreisverband Böblingen

Postfach 12 10

7030 Böblingen

Wir bitten die CDU-Verbände, uns über weitere beispielhafte Aktionen zu berichten, damit wir die Anregungen weitergeben können.

Ihre CDU-Bundesgeschäftsstelle

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Konrad-Adenauer-Haus

5300 Bonn 1

Sollten Sie Informationen bei den oben angeführten Verbänden anfordern, denken Sie bitte an Rückporto.

Neu im Angebot:

Handbuch für die innenpolitische Argumentation

Eine Analyse der innenpolitischen Probleme der Bundesrepublik Deutschland

Bilanz der SPD/FDP-Politik und die Alternativen der CDU

Bonn · Januar 1979



Redaktion: CDU-Bundesgeschäftsstelle
Hauptabteilung Politik

Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik stehen vor einer ernsten Bewährungsprobe. Ein Problemburg ist entstanden, der in seiner Größeordnung wie in seinen Wirkungen und Folgen kaum bezwingbar scheint. Die vorliegende Studie ist der Versuch, erstmals den Problemburg in seiner Größe und Komplexität zu erfassen. Zugleich werden die alternativen Lösungsstrategien aufgezeigt, mit denen die Parteien bzw. Regierungskoalition und Opposition die Probleme angehen wollen. Mit den Lösungsstrategien werden erhebliche Unterschiede in der Problemsicht und -einschätzung sowie in der Frage deutlich, wie und nach welchen Prinzipien Staat und Gesellschaft in Zukunft gestaltet sein sollen.

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis: 45,— DM pro Mindestabnahme

Bestell-Nr.: 3895

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

1./ 2. 3. CDU — Bund

Wissenschaftliche Fachtagung zu
Umwelt und Wachstum, Bonn

2. 3. LV Schleswig-Holstein

Zentrale Großkundgebung zur Er-
öffnung des Landtagswahlkampfes,
Kiel

2. 3. EAK d. CDU/CSU — Bund

Bundesvorstand, Wuppertal

2. 3. EAK d. CDU/CSU — Bund

Bundesarbeitskreis, Wuppertal

2. 3. LV Braunschweig

Landesvorstand, Braunschweig

2./ 4. 3. RCDS-Bundesvorstand

Bundesdelegiertenversammlung,
Mainz

2./ 4. 3. EAK d. CDU/CSU — Bund

Bundestagung,
Wuppertal-Elberfeld

2./ 4. 3. Exil-CDU, Parteitag,

Lübeck-Travemünde

3. 3. CDU Niedersachsen

Landesvorstand, Hannover

3./ 4. 3. LV Baden-Württemberg

Grundlagenkongreß „Europa —
Eurokommunismus“

5. 3. CDU — Bund

Präsidium, Bonn

7. 3. LV Rheinland Kreisgeschäftsführerkonferenz, Köln

7. 3. CDU — Bund

Landessozialsekretärskonferenz,
Königswinter

7. 3. LV Schleswig-Holstein

Kreisgeschäftsführerkonferenz,
Kiel

9. 3. LV Rheinland

Landesvorstand, Köln

9./11. 3. CDU — Bund

Frauenvereinigung,
Delegiertentag, Essen

10. 3. LV Westfalen-Lippe

Union der Vertriebenen
und Flüchtlinge,
Landesdelegiertentag, Dortmund

16. 3. LV Westfalen-Lippe

Landesvorstand, Dortmund

16./17. 3. LV Rheinland, Sozialausschüsse

Hauptversammlung, Hilden

17. 3. LV Westfalen-Lippe

Sozialausschüsse,
Landeskongreß, Münster

17. 3. LV Hessen

Landesparteitag, Bensheim

18. 3. JU Schleswig-Holstein

Landestagung, Rendsburg

19. 3. CDU — Bund

Bundesvorstand, Bonn

19. 3. LV Rheinland-Pfalz

Landesvorstand, Mainz

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.